



Michael Steinmetz informiert

Die Rundfunkreform

Ist der öffentlich rechtliche Rundfunk zukunftsfähig? Diese Frage stellt sich Michael Steinmetz in seinem Vortrag bei ver.di Saar am 13. Februar um 18 Uhr im Versammlungsraum der ver.di in Saarbrücken.

Am Donnerstag, 13. Februar 2025, beschäftigen sich die Kolleginnen und Kollegen der ver.di-Saar mit der Rundfunkreform. Unser Vorstandsmitglied Michael Steinmetz geht der Frage nach, ob der öffentlich rechtliche Rundfunk überhaupt zukunftsfähig ist.

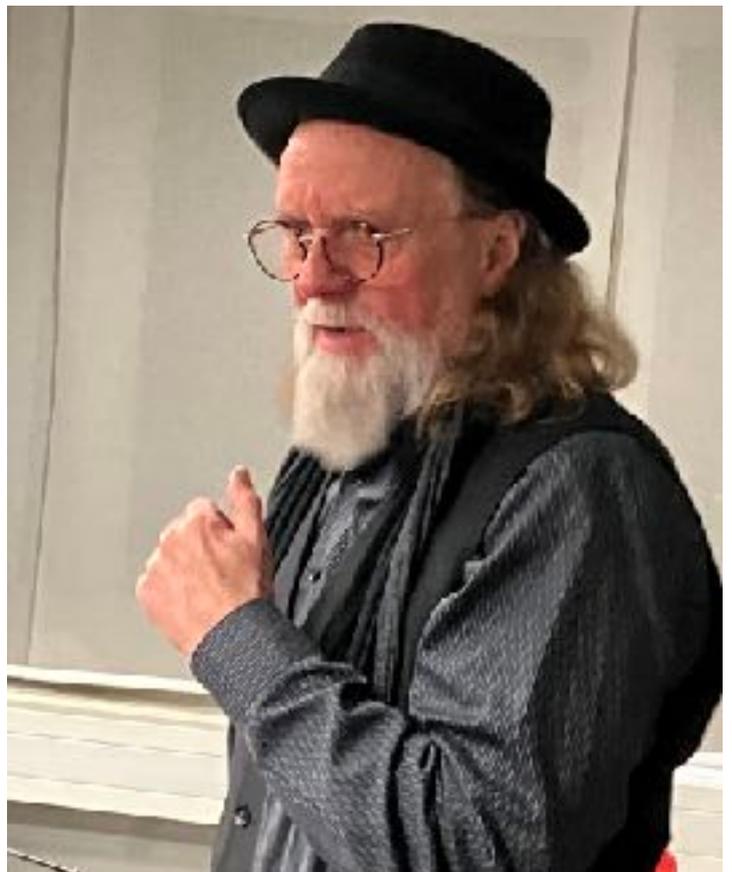
Mit dem Kollegen Michael haben wir einen sehr kompetenten Redner gewonnen. Er selbst war Journalist beim Saarländischen Rundfunk und dort Mitglied im Verwaltungsrat und Personalratsvorsitzender.

Nach der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (MPK) am 12. Dezember 2024 zeichnet sich ein düsteres Bild für die öffentlich-rechtlichen Medien und deren Beschäftigten ab.

Michael Steinmetz fordert, dass die Politik ihre Verantwortung für den öffentlich rechtlichen Rundfunk als Säule der Demokratie wahrzunehmen habe. Gerade in Zeiten von Desinformationskampagnen sei ein journalistisches hochwertiges Programmangebot unverzichtbar.

Es sei falsch, das Angebot des örR aus finanziellen Gründen zusammen zu streichen.

Mit der Weigerung, die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes umzusetzen, würden die Ministerpräsidenten der Länder gegen die grundrechtlich abgesicherte Besitzstandsgarantie des öffentlich rechtlichen Rundfunk verstoßen, so die Ansicht unseres Kollegen.



Toller Neujahrsempfang im Schloss

ver.di hat sich viel vorgenommen

Eine schöne und gute Tradition. ver.di trifft sich zum Neujahrsempfang. Dieses Jahr erneut im Saarbrücker Schloss. Es ist jedes Jahr eine erfreuliche Vernetzung der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aus den Fachbereichen und der Ebene. Es ist aber auch ein Zusammenreffen mit Entscheidungsträgern im Land.

Dieses Jahr war die Erwartung an einen der Redner besonders hoch, denn ver.di Region Saar-Trier hat einen neuen Geschäftsführer. Christian Umlauf. Bevor er seine kurzweilige Rede hielt, konnte Julia Mole, die zukünftige stellvertretende Bezirksvorsitzende



zahlreiche Kolleginnen, Kollegen, Gäste und Freunde begrüßen. Das Schloss war gut gefüllt mit gut gelaunten Gewerkschaftern, darunter auch drei Minister, Abgeordnete des Bundes und des Landtages und die neue Regionalverbandsdirektorin Dr. Carolin Lehberger, die ebenfalls die Anwesenden ganz herzlich im Saarbrücker Schloss begrüßte.



Kollegin Susanne Kasztanowicz, Vorsitzende des Vorstandes der ver.di-Region Saar Trier, war mit ihren Kindern gekommen. Ihr Credo: Wir wollen ver.di ein Gesicht geben. Das

Gesicht sei geprägt von Solidarität. Sie betonte die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit und nannte eine Reihe von Aufgaben aus ihrer Sicht. Wichtig sei eine gute Arbeit, was in erster Linie gute Gehälter bedeute, wobei sie ihr Augenmerk besonders auf die Geschlechtergerechtigkeit legte. Beifall bekam sie für ihre Aussage, „die Schuldenbremse muss weg“. Notwendig sei eine ge-



rechte Besteuerung der Kapitalerträge, was sie auch als Beitrag zur Stärkung der Demokratie verstehe. Gemeinsam wolle man den vor uns liegenden Weg gehen. Dafür seien die Funktionäre von ver.di täglich in den Betrieben und Verwaltungsstellen unterwegs.

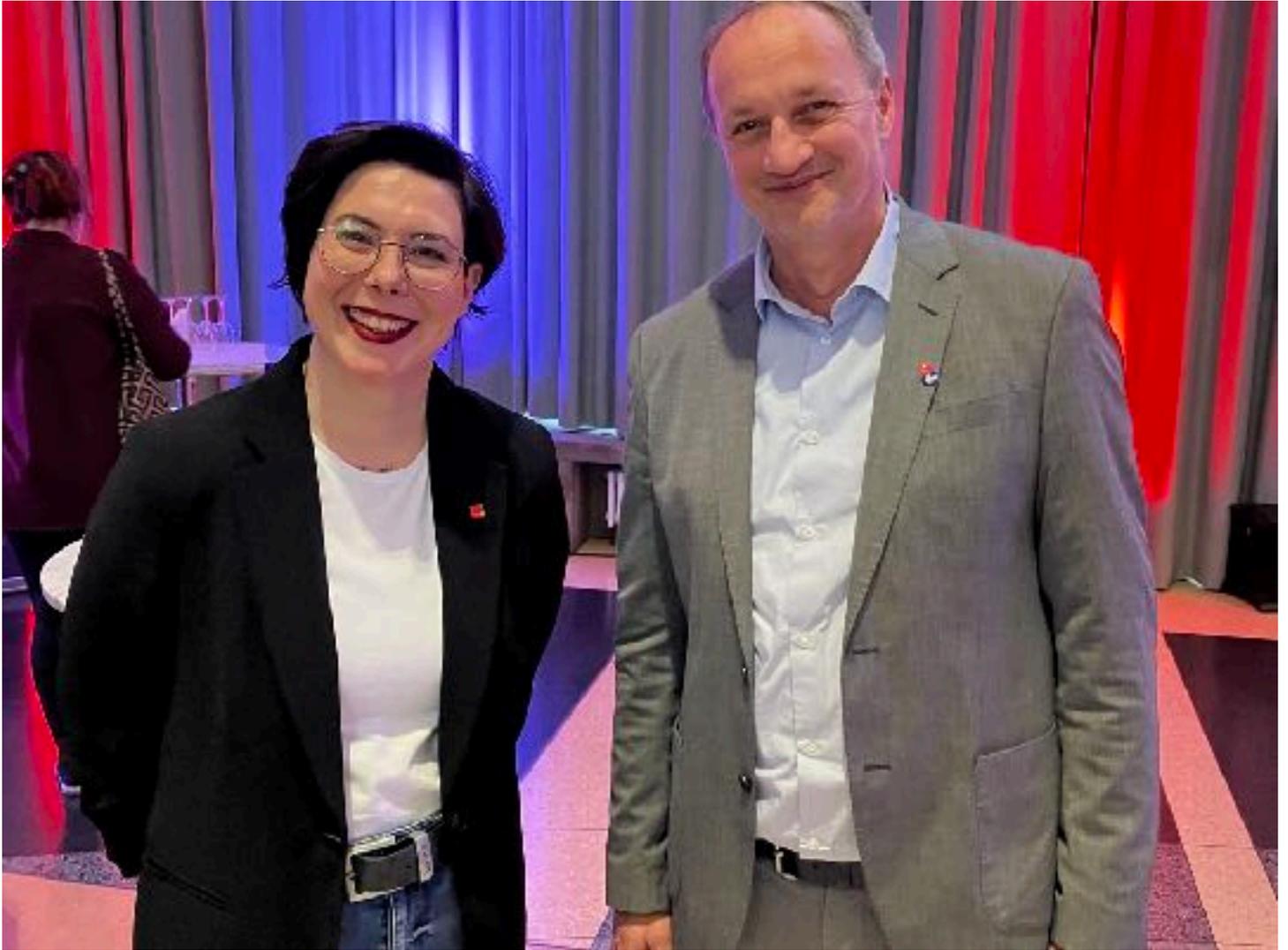
Mit Spannung wurde die Rede des neuen Geschäftsführers Christian Umlauf erwartet.



Sehr kurzweilig, interessant und erfrischend nannte Christian einige Höhepunkte des gewerkschaftlichen Lebens des vergangenen Jahres. Dabei lockerte er seine Rede mit rhetorischen Raffinessen auf, indem er Timo Ahr vom DGB und sich selbst neckte und Publikum sympathisch mit einbezog. Es war schon beeindruckend, was wir

2024 alles auf die Beine gestellt haben.





ver.di sei bunt, solidarisch, kämpferisch und gelegentlich auch ein wenig verrückt, meinte der Gewerkschafter, der insbesondere bei den Busfahrern im Saarland einen hervorragenden Ruf als Kämpfer für eine Verkehrswende und gerechte Löhne hat. Ange-

Christian solidarisierte sich mit den Kolleginnen und Kollegen der Industriebetriebe, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen und damit auch um die Zukunft des Saarlandes. Aber er betonte zugleich welche Bedeutung der Dienstleistungssektor habe. Ganz praktisch am Beispiel einer jung verheirateten Familie machte er deutlich, was man alles unter Daseinsvorsorge und Dienstleistung verstehe. Alles das sei nötig zum Leben und überall da sei ver.di gefragt. Ob Verkehrswende, Krankenhäuser oder Kita, ob Verwaltung oder Ver- oder Entsorgung, gemeinsam gelte es einzustehen für unsere Rechte.



sichts der Amtsübernahme durch Trump in den USA betonte er die Bedeutung des Kampfes gegen rechts. Er erzählte von Ausländerfeindlichkeit bei uns im Land und berichtete von einem Kollegen, der von Rechten zusammengeschlagen wurde. Da gelte es stets Flagge zu zeigen.



Er ging auch auf das Thema Klima und Umwelt ein. Man könne das Thema nicht einfach verschieben, sondern man müsse es jetzt anpacken, wenn wir unseren Kindern eine lebenswerte Erde hinterlassen wollen. Und als Beispiel nannte er die Lieferkettenproblematik. Ihm sei es eben nicht egal, ab an den Produkten das Blut der Kinder eines anderen Landes klebten.



Eingehend auf die kommenden Aufgaben nannte er besonders die Tarifaueinandersetzungen bei der Post und öffentlichen Dienst. Er fand, dass uns bei den letzten Abschlüssen durchaus Beachtliches gelungen sei, allerdings wäre es trotz der guten Abschlüsse nicht gelungen, die Verluste durch die Inflation auszugleichen..

Er befürchte, dass sich erst dann etwas bewegen werde, wenn wir uns bewegen und er kündigte Aktionen an, wenn sich die Arbeitgeber stur stellen würden. Schließlich formulierte Kollege Umlauf Erwartungen



an die Politik angesichts der bevorstehenden Wahlen. Er nannte durchaus eine Reihe von Fortschritten, die man im Saarland erreicht habe wie u.a. den Bildungsurlaub und das neue SPersVG. Aber es sei noch viel zu tun. Dabei ginge es nicht an, dass man die Kommunen im Regen stehen lasse. Dort stünde vieles auf der Kippe, von Bibliotheken über



Schwimmbäder und Krankenhäuser bis zu der Situation im ÖPNV. Wenn wer in einer solchen Situation 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts für Waffen haben wolle (das wären ca. 150 Mrd Euro bzw. etwa ein Drittel des Bundeshaushaltes), dann müsse er auch sa-



gen, wo er das Geld wegnehmen will. Es wäre nicht möglich bei der Daseinsvorsorge weiter zu sparen und Sozialleistungen weiter zu kürzen. ver.di werde für die sozialen Standards und ihren Ausbau kämpfen. Für diese Aussage gab es den meisten Beifall der Anwesenden.



Bevor man zum gemütlichen Teil überging kam Kollegin Julia mit dem neu gebildeten Betriebsrat von Inexio ins Gespräch. Es wurde deutlich, dass man auch „weiße Flächen“ der Mitbestimmung erfolgreich bearbeiten kann.

Im Anschluss standen die Gespräche unter Kolleginnen und Kollegen bei Wein, Bier oder auch Wasser an. Gegen 20 Uhr ging ein toller Nachmittag und früher Abend mit guter Stimmung zu Ende.

Eines steht fest: An dieser ver.di wird man 2025 nicht vorbeikommen.



Tarifrunde ÖD:

Unsere Stärke

Heute starten die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen.

Wir wollen zeigen, wie stark wir zusammen sind, denn wir wissen: Zusammen geht mehr!

Wir sagen: Jetzt ist Zeit für mehr Geld, Freizeit, Wahlfreiheit.

Je mehr sich hinter unseren Forderungen versammeln, umso mehr können wir gemeinsam durchsetzen. Deswegen zeigen wir bundesweit in den Betrieben und Dienststellen, dass viele Kolleg*innen hinter unseren Forderungen stehen und bereit sind, ihre Stärke in die Tarifauseinandersetzung einzubringen. Denn es kommt auf alle an!

Insgesamt beteiligten sich 233.951 Kolleginnen und Kollegen an dem Stärketest, aus der Region Saar Trier waren es leider nur 2.322 Kolleginnen und Kollegen, die sich an dem Stärketest beteiligten. Bei der Arbeitsverwaltung Saarland gibt es 37% Unterzeichner*innen, bei der Kreisstadt Neunkirchen 27% Unterzeichner*innen und ZKE-Saarbrücken meldet 11% Unterzeichner*innen. Jetzt beginnt aber der Kampf. Der Ortsverein wird die Tarifauseinandersetzung solidarisch begleiten.

Einladung:

ver.di wählt

Der ver.di Bezirk Region Saar Trier lädt zur Diskussion zu den Bundestagswahlen ein. Eingeladen sind die Spitzenvertreter der Landeslisten.

ver.di fordert zur Bundestagswahl 2025 die demokratischen Parteien auf, eine zukunftsorientierte Politik zu gestalten. Eine Politik, die den Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe ermöglicht.

Montag, 3. Februar 25

16 bis 18 Uhr

Arbeitskammer

Fritz-Dobisch-Str. 6

Saarbrücken

Karenztag:

Ist Bäte krank?

Große und berechtigte Aufregung gab es zum Jahreswechsel um die Forderung von Allianz-Chef Oliver Bäte: Am ersten Krankheitstag soll die Lohnfortzahlung entfallen. Dagegen regt sich heftiger Widerstand, natürlich auch bei ver.di. Die Umsetzung dieser „Idee“ benachteiligt nicht nur die, die ohnehin mit zu wenig Geld auskommen müssen, sondern würde auch dazu führen, dass sich noch mehr Kranke ins Büro schleppen. Nutzen tut das langfristig niemandem.

Die Entgeltfortzahlung bei Krankheit sei ein hohes Gut angesichts des Umstands, dass immer mehr Menschen trotz Krankheit arbeiten.

Der DGB betonte, die Daten würden keinen Handlungsbedarf verlangen. Betrachtet man die Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), so zeigt sich kein dramatischer Anstieg der Fehlzeiten in Deutschland, weder im Vergleich mit anderen EU-Staaten, noch im Zeitverlauf. Wer Karenztage aus der Mottenkiste holt, greift die soziale Sicherheit an und fördert verschleppte Krankheiten.

Bundestagswahl:

Kandidaten Check

Wir wollen von den Kandidat*innen für den nächsten Bundestag wissen, wie sie zu dem stehen, was uns am Herzen liegt, zum Beispiel, wie sie es mit dem Streikrecht oder der Tarifbindung halten. Uns ist aber auch wichtig, wie die Kandidaten sich Zukunftsinvestitionen und deren Finanzierung oder die künftige Steuerpolitik vorstellen.

Seit 6. Januar heißt es: ver.di wählt. Wir haben klare Vorstellungen von guter Arbeit und gutem Leben. Da macht es einen Unterschied, wer die gesetzlichen Rahmenbedingungen absteckt. Damit Du weißt, wie sich die Spitzenkandidierenden zu Streikrecht, Tarifbindung oder Mindestlohn aufstellen, führt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke Gespräche mit ihnen. Und damit Du weißt, wie sich die Kandidierenden in Deinem Wahlkreis aufstellen, fragen wir sie ebenfalls. Zur Bundestagswahl 2025 fordert ver.di die demokratischen Parteien auf, eine zukunftsorientierte Politik zu gestalten. Eine Politik, die allen Menschen soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe ermöglicht. Dafür sprechen wir auch mit dem Spitzenpersonal der Parteien. Mit Robert Habeck von den Grünen und mit Jan van Aken (Die LINKE) ist das schon geschehen. Mit Olaf Scholz (SPD) findet das Gespräch am 28. Januar und mit Sahra Wagenknecht (BSW) am 30. Januar statt.

Alles das kann man sich auf den ver.di-Seiten oder bei YouTube im Netz ansehen.

Auch gibt es dort einen Check zu den Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis. Allen wurden zehn Fragen gestellt. Der Rücklauf aus dem Saarland lässt zu wünschen übrig.

Nehmt teil am 15. Februar:

Infostand in Wahlkampfzeiten

Am 15. Februar wollen wir die Diskussionen zur Bundestagswahl nutzen und unsere Ansichten auch im öffentlichen Raum vortragen. Nach unserer Ansicht ist dabei die Friedensfrage besonders wichtig, wir sind in Sorge, dass unsere Anliegen in den Hintergrund gedrängt werden, wenn die Pläne für die weitere Aufrüstung umgesetzt werden.

Der Ortsverband trifft sich um 10 Uhr in der Saarbrücker Bahnhofstraße vor der Thalia-Buchhandlung zu einem Aktionsstand. Wir wollen die gesteigerte Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger nutzen, um unsere Ansichten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Anforderungen von ver.di an die Parteien

- Gute Arbeit
- Sozialstaat und Daseinsvorsorge stärken
- Sozial-ökologischen Umbau voranbringen
- öffentliche Finanzen verbessern
- Sozialen Zusammenhalt und Demokratie stärken

Den 15. Februar hat die Friedensbewegung zum bundesweiten Aktionstag zur Unterstützung des Berliner Appells gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ausgerufen.

Wir sind uns sicher, dass unsere Anforderungen und Vorstellungen an die Politik nur dann verwirklicht werden können, wenn es uns gelingt den Frieden zu erhalten und wir nicht bei dem Überbietungswettbewerb für Aufrüstung mitmachen. So will Pistorius (SPD) 3

REVIERWENDE
GENERSCHAFTEN BESTEHEN STRUKTURWÄDEL

Podiumsdiskussion
Der Kandidierenden zur Wahl des deutschen Bundestages
Eingeladen sind: CDU, FDP, Grüne, Linke, SPD

Wann: 05.02.2025, 17:00 Uhr
Wo: VHS-Zentrum, Saarbrücken

SAVE THE DATE

The poster features a hand holding a white envelope with a red 'X' on it, set against a map of Germany. The background is red and white.

Prozent oder 129 Milliarden Euro also mehr als ein Viertel des Bundeshaushaltes für Rüstung ausgeben, Habeck fordert 3,5 %, CDU, FDP wollen ebenfalls mehr Geld für die Rüstung und der gerade wieder ins Amt gekommene US-Präsident Trump verlangt sogar 5 % und Alice Weidel von der AfD stimmt ihm zu und will die Summe sogar noch überbieten, Friedrich Merz fordert eine „Agenda 2030“ und ein Sofortprogramm, in dem er Einsparvorschläge von bis zu 50 Milliarden Euro macht. Christian Lindner spricht von angeblich notwendigen „Brutalitäten in den Sozialsystemen“. Es ist zu befürchten, dass die aktuellen und in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Einsparungen in den Landeshaushalten von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Berlin nur der Vorbote für Sozialkürzungen im Bund nach der Bundestagswahl sind. Besonders unappetitlich ist, dass man dabei auf die Referenz des ehemaligen Nationalsozialisten Joseph Goebbels zurückgreift - Kanonen statt Butter - um die Notwendigkeit von Sozialabbau zu begründen - eine ganz neue Qualität auch in der deutschen Debatte.

Es zeichnet sich ab, dass die aktuelle Aufrüstung zu Angriffen auf den Sozialstaat führen wird - denn jeder Euro, der für die gewaltigen Rüstungsausgaben von über 80 Milliarden Euro in diesem Jahr ausgegeben wurde, fehlt für Soziales, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Rente.

Wir dagegen sagen eindeutig, Butter statt Kanonen“.

MACH DICH STARK
MIT UNS

DGB

**BUNDESTAGSWAHL 2025
DISKUSSIONSRUNDE
„IST DIE RENTE SICHER?“**

DIENSTAG, 28. JANUAR 2025
17:00 – 19:00 UHR
ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES
FRITZ-OEBISCH-STR. 9-8, 66103 SAARBRÜCKEN

WIR FRELEN UNS AUF EUCH!

ANMELDUNG BITTE UNTER: [HTTPS://KURZLINKS.DE/BTWRENDE](https://kurzlinks.de/btwrende)
Über QR-Code oder 0681-40001-0

The poster features a red background with a white megaphone icon on the left. The text is in white and red.

Butter statt Kanonen

Wir sind mittendrin im Wahlkampf. Auch wir von der Gewerkschaft ver.di melden uns zu Wort. Klar ist, ver.di ist parteipolitisch unabhängig, aber klar ist auch, wir sind nicht unpolitisch. Und gerade jetzt gilt es sich einzumischen, damit unsere Sorgen und Anliegen auch wahrgenommen werden.

Was wir unbedingt wollen:

- Wir wollen unsere Krankenhäuser retten und brauchen deshalb eine Umkehr in der **Krankenhauspolitik**. Das Gesundheitswesen muss sich am Bedarf orientieren.
- Wir wollen ein **Pflegesystem**, auf das wir uns verlassen können, wenn wir Pflege brauchen, das uns nicht arm und zu Menschen unterster Klasse macht. Wir wollen eine **Solidarische Pflegegarantie**, die durch alle Einkommensarten finanziert wird und alle pflegebedingten Kosten abdeckt.
- Wir wollen ausreichende **Kita-Plätze** mit qualifizierten Erziehern, wir wollen keine verrottenden **Schulen** und ein **Bildungssystem**, das sich in der Welt vorzeigen lassen kann.
- Wir wollen nicht in einem Land leben, in dem jedes fünfte Kind in **Armut** aufwächst und in dem die Alten Flaschen aus den Mülleimern fischen müssen, weil die **Rente** nicht reicht.
- Wir wollen pünktliche **Züge**, ein ausgebautes Streckennetz, einen öffentlichen **Nahverkehr**, der es uns möglich macht auch die Strecke zwischen Wohnung und Arbeit bzw. Schule oder Uni unkompliziert, schnell und kostengünstig zu erreichen. Wir wollen ein billiges Deutschlandticket.
- Wir wollen, dass die **sozialen Dienste** auskömmlich finanziert werden, damit Inklusion und Teilhabe gefördert werden.
- Wir wollen gute Arbeitsbedingungen, dazu gehört eine **höhere Tarifbindung**, ein Tariftreuegesetz, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung maßgeblicher Tarifverträge bindet.
- Und wir wollen, dass die menschengemachte Erderwärmung gebremst wird, damit die **Klimakrise** nicht die menschliche Zivilisation bedroht.
- Wir wollen gerade hier im Saarland, dass die **De-industrialisierung** nicht weiter voranschreitet. Wir brauchen enorme materielle Mittel für einen sozial



gerechten Umbau der Wirtschaft und diesen so zu gestalten, dass der Industriestandort Deutschland erhalten bleibt. Arbeitgebernahe und gewerkschaftsnahe Institute schätzen übereinstimmend, dass wir in den nächsten zehn Jahren insgesamt 600 Milliarden Euro für die Gestaltung der Industrietransformation brauchen.

Wir sind in Sorge

Wir sind in Sorge, dass diese dringenden Probleme nicht angepackt werden, weil Deutschland im Sausechritt kriegstüchtig gemacht werden soll. Die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten oder anderswo haben eine sogenannte Zeitenwende eingeleitet.

Wie über die Runden kommen?

So wurden 100 Milliarden Euro als Sonderschulden für die Bundeswehr aufgenommen. Die Rüstungsausgaben sollen weiter gesteigert werden. Während die Menschen nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen und sich die Probleme im Land immer höher stapeln, gaben wir allein 2024 über 90 Milliarden Euro für die Rüstung aus. Ein Panzer kostet je nach Ausstattung zwischen 27 und 45 Millionen Euro - ein einziger - und die Panzerhersteller können sich vor Aufträgen gerade nicht retten. Das sind Unsummen, die für den Erhalt der Daseinsvorsorge fehlen.



Wir haben Angst

Schließlich haben wir auch berechtigte Angst in einen Krieg hineingezogen zu werden. Wenn jetzt bei uns US-Raketen stationiert werden sollen, die möglicherweise atomar bestückt Russland „enthaupten“ können, dann wissen wir: diese Raketen wirken wie Magneten und Ramstein ist nah und wird sicher von den Russen mit als erstes zerstört werden. Von uns wird dann vermutlich nichts übrig bleiben.

Klima-Killer Militär

Angesichts der globalen Erwärmung unseres Planeten ist uns doch klar, dass Militär, Aufrüstung und Krieg die Situation weiter verschärfen. Beim Abfeuern von Geschossen und Marschflugkörpern und beim Einsatz von Militärflugzeugen, Panzern, Kampffjets oder Militärschiffen werden enorme CO₂-Emissionen freigesetzt. Allein der F-35-Kampffjet stößt pro Stunde mehr CO₂ aus, als ein Deutscher im Jahr verursacht. Werden solche Emissionsquellen nicht abgeschaltet, lässt sich die Erderhitzung nicht stoppen. Man schätzt den CO₂ Fußabdruck des deutschen Militärs

auf 4,5 Millionen Tonnen. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von etwa einer Million Autos im Jahr. 6.000 Liter Kerosin verschlingt der F-35-Flieger in einer Stunde, und auf hundert Kilometer schluckt ein Leopard-2-Panzer 530 Liter Diesel.

Unterschiedliche

Ansichten in ver.di

In ver.di gibt es unterschiedliche Positionen zu dem Krieg Russland gegen die Ukraine und zu anderen Brennpunkten. Einig sind wir uns allerdings in der Sorge, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen Rückschritt in Richtung vermehrte Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.

ver.di wirbt für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit, Gesundheit, Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung, ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt Geschlechtergerechtigkeit umfasst.

Wir stehen vor einer Entscheidung:

Kanonen statt Butter

Immer mehr wird deutlich, dass die sogenannte Zeitenwende ein Angriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten ist. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Clemens Fues, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts IFO, sprach es bei Maybrit Illner aus: „Kanonen und Butter, es wäre schön, wenn das ginge, aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“ Das ist eine Wortwahl, die die Nazis benutzten. Das Ende ist bekannt.

Bekanntlich ist die Butter teurer geworden und wir spüren schon heute die Vorboten für weitere Kürzungen im Sozialbereich. Aber, es geht ja um viel mehr, offen wird über notwendige „Brutalitäten in den Sozialsystemen“ gesprochen. Die beschlossene Nationale Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 beschreibt es klar, dass man beabsichtigt die enormen Kosten der Kriegsvorbereitung durch Kürzungen in anderen Haushaltsbereichen zu erreichen.

Jetzt im Wahlkampf vermitteln einige Wahlkämpfer die Illusion, man könne sowohl auf Kanonen und auf Butter setzen. Wir kennen allerdings die einfache saarländische Weisheit. „Man kann den Euro nur einmal ausgeben.“ Deswegen heißt es am Wahltag:

Butter statt Kanonen, wählen wir den Frieden!



Update

Unsere Vorhaben 2025

Unser Terminplan hat sich leicht verändert. Weswegen wir ihn hier erneut veröffentlichen. Wir empfehlen ausdrucken und aufhängen.

2025 ver.di Saar		
Termin	Versammlung	Teilnahme
09.01.25 18:00 h	Timo Ahr: Aufgabe der Gewerkschaften in der „Zeitenwende“	
23.01.25 16:30 h		Vollversammlung im Schloss
13.02.25 18:00 h	Michael Steinmetz: Die Rundfunkreform - Ist der ÖRR zukunftsfähig?	
15.02.25 10:00 h		Aktionsstand: Frieden wählen
23.02.25 09:00 h		Bundestagswahl
März 0025		Unterstützung Aktionen Tarifrunde ÖD
20.03.25 18:00 h	Christian Umlauf: Aufgaben der Gewerkschaften nach der Bundestagswahl	Wir verlegen den üblichen Do-Termin um eine Woche
10.04.25 18:00 h	Dr. Frank Bandau: Rentenpolitik im Interesse der Beschäftigten und Rentner*innen: Konzepte, Perspektiven, Entwicklungen	
19.04.25 11:00 h		Ostermarsch Saarbrücken
01.05.25 11:00 h		Mai-Demo, Kundgebung und Fest
08.05.25 18:00 h	Dr. Inge Plettenberg: 80 Jahre Befreiung - Gedenken an die Zwangsarbeiter im Saarland	
10. bis 11.06.25		Fahrt nach Weimar zur Gesundheitsministerkonferenz
12.06.25 -18:00 h	Karl-Heinz Peil: US-Militär in der Pfalz - Chance für Arbeitsplätze?	
10.07.25 18:00 h	Dr. Nadja Rakowitz: Krankenhausreform und Zeitenwende Widerspruch oder Einheit - Versuch einer Analyse	
August	keine Sitzung	
01.09.25		Antikriegstag: Teilnahme in Völklingen
09.09.25 16:30 h		Jubilarehrung Neunkirchen
11.09.25 18:00 h	Tommy le Rouge: Comedy für Kleinhirn und Großregion	
09.10.25 18:00 h	Carina Webel: Stand und Probleme der Transformation aus Sicht der abhängig Beschäftigten	
19.11.25 18:00 h	Versammlung	
11.12.25 18:00 h	Versammlung	